DIE LINKE. Sachsen
Landesvorstand

B 8 - 010

Impfpflicht

Beschluss des Landesvorstands vom 26. November 2021

Beschluss:	Der Landesvorstand der LINKEN Sachsen beschließt den folgenden Antrag zur Impfpflicht.
Anlagen:	Antrag
politische Botschaft:	-
Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit:	Veröffentlichung im Internet (www.dielinke-sachsen.de)
weitere Maßnahmen:	-
Finanzen:	-
Die Vorlage wurde abgestimmt mit:	-
Den Beschluss sollen erhalten:	Landesvorstandsmitglieder/ Landesratsmitglieder/ Kreisvorsitzende/ Kreisgeschäftsführer*innen/ Ortsvorsitzende/ sächsische Mitglieder im Bundesausschuss/ Pressesprecher und Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag/ Landesparteitagsdelegierte/ sächsische Bundesparteitagsdelegierte/ Sprecher*innen der Landesweiten Zusammenschlüsse/ Abgeordnete im Europaparlament, Bundestag und Landtag/ sächsische Parteivorstandsmitglieder/ Regionalmitarbeiter*innen der Landtags- und Bundestagsfraktion/ Mitarbeiter*innen Landesgeschäftsstelle/ Jugendkoordinator*in/ Landesinklusionsbeauftragte*r

Abstimmungsergebnis:

dafür: 14 dagegen: 1 Enthaltungen: 1

F.d.R.

Dresden, 26.11.2021

Lars Kleba
Landesgeschäftsführer

Corona will niemand mehr!

DIE LINKE. Sachsen bekennt sich zum Impfen als Mittel, Menschenleben zu schützen und die Corona-Pandemie (SARS-Cov-2) zu überwinden. In Sachsen spitzt sich die Situation täglich zu. Die 7-Tage-Inzidenz wird wohl in den nächsten Tagen die Marke von 1.000 überschreiten (Stand: 23.11.: 969,9). Das Gesundheitssystem in Sachsen steht kurz vor dem Kollaps. Vor diesem Hintergrund erscheint eine allgemeine Impfpflicht geeignet, erforderlich und angemessen. Eine solche 'Impfpflicht für alle' muss Ausnahmetatbestände umfassen und Härtefälle würdigen. Zur Umsetzung einer Impfpflicht bedarf es einer landesweit geplanten und nachvollziehbaren Impfstrategie, einschließlich einer entsprechenden Kommunikationsstrategie. So sind, um allen ein niedrigschwelliges Impfangebot machen zu können, Impfzentren in den Großstädten umgehend zu eröffnen und im ländlichen Raum mobile Impfteams personell und sächlich ausreichend auszustatten.

Begründung/Hintergrund

Die Situation auf den Corona- und Intensivstationen in den Krankenhäusern des Freistaates steht kurz vor dem Kollaps. Die Impfquote in Sachsen ist auf einem insgesamt niedrigen Niveau. Der seit Jahren bestehende Pflegenotstand sowie die marktwirtschaftlich ausgerichtete Krankenhauslandschaft verstärkt die Problemlage zusätzlich. Die logische Schlussfolgerung aus Überlastung des Gesundheitssystems einerseits und Zuspitzung der pandemischen Lage andererseits kann nur eine allgemeine Impfpflicht gesehen werden, da sich die Probleme in Krankenhäusern und Gesundheitssystem nicht von heute auf morgen lösen lassen.
Das Misstrauen weiter Bevölkerungsgruppen gegenüber der Regierung auf Bundes- und Landesebene teilen wir, jedoch nicht die Skepsis gegenüber den weltweit zugelassenen und an 3,31 Milliarden Menschen verabreichten Impfstoffen. Das fehlende Vertrauen in Politik darf sich nicht auf die Wissenschaft übertragen, die Langzeitfolgen einer Corona-Impfung widerspricht und die Sicherheit der Impfstoffe evidenzbasiert bestätigt.
Die Debatten über die Rechte des Individuums in Beziehung zu den Aufgaben des Staates werden wir auch zukünftig solidarisch führen. Durch die Wissenschaft als solche erwiesenen Fehlinformationen erschweren die innerparteiliche Debatte zu diesem wichtigen Thema unnötig. Es ist daher Aufgabe jede:r Genoss:in, die sich dabei zu Wort melden, ihre bzw. seine Argumente vorher sorgsam und kritisch zu prüfen.

Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden. Dennoch endet die eigene Freiheit dort, wo sie das Leben und die körperliche Unversehrtheit des Anderen gefährdet. Alle Fragen, die sich nicht nur im Zusammenhang mit der pandemischen Lage seit Jahren aufdrängen:

- Wie entlasten wir die Beschäftigten im Gesundheitssystem?
- Wie digitalisieren wir Bildung?
- Wie stehen sich Alter und Jugend solidarisch gegenüber?
- Wie entschädigen wir Händler und Kulturschaffende sowie alle, die aufgrund der Corona-Pandemie und beschlossener Maßnahmen in ihrer wirtschaftlichen Existenz gefährdet sind?

werden wir weiter diskutieren.

Wir stehen solidarisch an der Seite derjenigen, die sich nicht impfen lassen können und werden alles dafür tun, um deren Gesundheit zu schützen und ihnen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Wir stehen solidarisch an der Seite der im Gesundheitssystem Tätigen, die jetzt unter widrigen Bedingungen in den Krankenhäusern Menschenleben retten und erneut die Versäumnisse der Politik ausbaden müssen.